



Stehen wir an einem Wendepunkt im Kampf gegen die sogenannten ewigen Schadstoffe? Derzeit im Zentrum der Diskussionen im französischen Parlament: ein Gesetzentwurf zur Einschränkung der Herstellung und des Verkaufs von Produkten, die PFAS enthalten. Diese Chemikalien, die unseren Alltag durchdringen, stehen im Verdacht, der Gesundheit zu schaden. Die Verabschiedung des Gesetzes ist allerdings ungewiss, konfrontiert mit Vorbehalten aus den Reihen der Regierungspartei und dem Druck der Industrie.

PFAS – in Teflonpfannen, Verpackungen, Textilien und Autos zu finden – sind für ihre Langlebigkeit bekannt. Doch genau diese Eigenschaft macht sie zu einer Bedrohung für die Umwelt und potenziell auch für unsere Gesundheit.

Nicolas Thierry, ein Abgeordneter der Grünen, bringt als erster von acht Vorschlägen seiner Fraktion einen Gesetzentwurf ein, der zunächst auf breite Zustimmung zu stoßen schien. Doch nun steht eine hitzige Debatte bevor. Die französische Regierung betont die Bedeutung europäischer Maßnahmen in diesem Bereich, um die französische Industrie zu schützen. Doch ist das wirklich ausreichend?

Der Gesetzentwurf zielt darauf ab, die Bevölkerung vor diesen Molekülen zu schützen, indem er die Herstellung, Einfuhr, Ausfuhr und den Verkauf bestimmter PFAS-haltiger Produkte verbietet. Ursprünglich war geplant, den Einsatz von PFAS bis Juli 2025 zunächst für einige Produkte und bis 2027 für weitere Produkte zu untersagen, mit möglichen Ausnahmen. Um eine Mehrheit zu erreichen, musste Nicolas Thierry jedoch seinen Ehrgeiz drosseln.

Die überarbeitete Fassung sieht nun vor, ab dem 1. Januar 2026 alle Küchenutensilien, Kosmetika, Skiwachs und Kleidungsstücke zu verbieten, die per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen enthalten, mit Ausnahme von Schutzkleidung für Sicherheits- und Zivilschutzberufe. Ab 2030 sollen alle PFAS-enthaltende Textilien verboten werden. Verpackungen bleiben außen vor, da die EU hier strengere Regeln einführen will.

Trotz dieser Anpassungen stößt der Gesetzentwurf weiterhin auf Widerstand. Ist es nicht absurd, dass der Schutz der Gesundheit und der Umwelt zu einem solchen Zankapfel wird?

Zudem bringt der Druck der Industrie, exemplarisch durch die Aktionen des Küchengeräteherstellers Seb, zusätzliche Spannungen. Hunderte von Mitarbeitern demonstrierten mit Töpfen und Pfannen vor dem Parlament für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze – ein Bild, das Fragen aufwirft. Muss Fortschritt und die Erhaltung von Arbeitsplätzen wirklich auf Kosten unserer Gesundheit und Umwelt gehen?

Der Grünen-Abgeordnete Nicolas Thierry kritisiert das „etwas plump wirkende Lobbying“ und



betont, dass es bereits Alternativen gibt. „Wenn wir bei einem solch gravierenden öffentlichen Gesundheitsproblem, bei dem es wissenschaftlichen, politischen und bürgerlichen Konsens gibt, nicht handeln, wann dann?“, fragt er.

Die Debatte zeigt: Die Herausforderung, eine nachhaltige Zukunft zu gestalten, ohne dabei Arbeitsplätze zu gefährden, ist komplex. Doch darf dies nicht als Vorwand dienen, notwendige Veränderungen aufzuschieben. Die Zeit drängt – für unsere Gesundheit, unsere Umwelt und kommende Generationen.